

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Justiz

EU setzt auf strengere Regeln gegen Korruption

>> 3

Gesundheitsunion

EU-Kommission stärkt Versorgung mit Medikamenten

>> 5

Europatag am 9. Mai

Deutschland feiert Europa und startet ins Europäische Jahr der Kompetenzen

>> 6



© European Union 2023

■ DRESDEN

Europa kommt bei der Chip-Produktion voran

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer in Dresden am Spatenstich für das neue Halbleiterwerk von Infineon, die Smart Power Fab, teilgenommen. Von der Leyen sagte: „Das ist natürlich zuallererst eine großartige Perspektive für Sachsen und die ganze Region. Aber das ist auch eine enorm wichtige Nachricht für Europa.“ Die EU-Kommission hatte 43 Milliarden Euro für den Ausbau der europäischen Halbleiterindustrie mobilisiert und das Europäische Chip-Gesetz auf den Weg gebracht. Das Ziel: Bis 2030 den EU-Anteil an der weltweiten Chip-Produktion auf 20 Prozent verdoppeln. Neben Dresden entsteht in Magdeburg ein neues Werk von Intel.

Chip-Offensive

■ SOLIDE HAUSHALTSFÜHRUNG

Klare Regeln zum Schuldenabbau vorgelegt

Die EU-Kommission hat umfassende Reformvorschläge vorgestellt, um mit klaren und besser umsetzbaren Regeln eine solide Haushaltsführung in den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Der Vorstoß zielt darauf ab, den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in den EU-Staaten effektiv zu senken. Zugleich soll den Mitgliedstaaten finanzpolitischer Spielraum für nachhaltige Zukunftsinvestitionen ermöglicht werden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Solide öffentliche Finanzen befähigen uns, noch mehr in den Kampf gegen den Klimawandel zu investieren, unsere Wirtschaft zu digitalisieren, unser inklusives europäisches Sozialmodell zu finanzieren und unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger zu machen.“

VERBESSERTE REGELN

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, begründete den Vorstoß mit den Worten: „Die gemeinsamen EU-Haushaltsregeln stammen aus den 1990er-Jahren, und wir haben seither massive wirtschaftliche Schocks überstanden: von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise über die Pandemie bis hin zum Krieg in der Ukraine. Wir stehen nun vor anderen Herausforderungen und wirtschaftlichen Prioritäten, und unsere Vorschriften müssen diesen Veränderungen Rechnung tragen.“

Die Vorschläge in drei Zahlen:

3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) darf das Haushaltsdefizit eines Mitgliedstaates betragen. So sieht es der Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 vor. Zweites Kriterium für eine solide Finanzpolitik in der EU: die Schuldenquote, sprich das Verhältnis der Gesamtschulden eines Mitgliedstaates zu seiner jährlichen Wirtschaftskraft. Die Quote darf 60 Prozent des BIP nicht übersteigen. Beide Ziele bleiben auch im neuen Regelwerk erhalten. Die Kommission setzt aber auf klarere Regeln zur Umsetzung und neue Wege, um eine nachhaltige Schuldentragfähigkeit zu erreichen. Währungskommissar Paolo Gentiloni sagte: „Wir brauchen einen realistischen Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.“

4 Jahre soll künftig der mehrjährige Finanzplan zum Schuldenabbau eines Landes umfassen. Dabei setzt die EU-Kommission auf mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten.

>>

“
Wir brauchen Haushaltsregeln, die zu den Herausforderungen dieses Jahrzehnts passen.
 Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
 ”

Chronik
 Von Maastricht zum Europäischen Semester

1992

beschließen die Mitgliedstaaten im Vertrag von Maastricht die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro. Es gelten die Maastricht-Kriterien: Maximales Haushaltsdefizit: 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Maximaler Schuldenstand: 60 Prozent des BIP.

1997

wird im Vertrag von Amsterdam der Weg zur Umsetzung der haushaltspolitischen Regeln vereinbart, der Stabilitäts- und Wachstumspakt, kurz Stabi-Pakt.

2011

2011 folgt ein Zeitplan zum Defizitabbau: Beträgt die Schuldenquote mehr als 60 Prozent, muss die zusätzliche Verschuldung innerhalb von zwanzig Jahren zurückgefahren werden (Ein-Zwanzigstel-Regel). Zugleich wird das Europäische Semester besiegelt, ein jährliches Verfahren zur Bewertung der Haushalte der Mitgliedstaaten.

2023

legt die EU-Kommission Vorschläge für klarere Regeln zur Erreichung der Maastricht-Ziele vor.

>>

Diese sollen für einen Zeitraum von vier Jahren einen festen Fahrplan zum Schuldenabbau vorgeben. Die Kommission bewertet diesen Finanzplan. Alle Mitgliedstaaten müssen dem Plan im Rat zustimmen. Der Zeitraum kann auf bis zu sieben Jahre verlängert werden, wenn Reformen und Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Digitalisierung nachgewiesen sind. Klare Vorgabe der Initiative: Die Schuldenquote eines Mitgliedstaates muss innerhalb der vereinbarten Frist sinken.

0,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft – mindestens – beträgt nach den Plänen der EU-Kommission die jährliche Vorgabe zur Verringerung der Nettoausgaben jener Mitgliedstaaten, die besonders hohe Haushaltsdefizite haben und die Schuldenquote von 60 Prozent übersteigen. Dies greift so lange, bis das jährliche Haushaltsdefizit unter die Zielmarke von 3 Prozent des BIP gesenkt werden konnte.

ERSTE BERATUNGEN MIT MITGLIEDSTAATEN

Wegen der Belastung der Haushalte der Mitgliedstaaten durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hatte die EU-Kommission die allgemeine Ausweichklausel aktiviert. Damit waren die Haushaltsregeln vorübergehend ausgesetzt. Da

diese Regelung zum Ende des Jahres ausläuft, ist eine schnelle Einigung im Interesse aller Mitgliedstaaten. Dombrovskis erläuterte nach ersten Beratungen mit den Finanzministerinnen und -ministern der Mitgliedstaaten in Stockholm: „Unsere Vorschläge zielen auf einen stetigen Abbau der öffentlichen Verschuldung mit einfacheren Regeln, um die Schuldentragfähigkeit durch schrittweise und realistische Haushaltsanpassungen zu gewährleisten und gleichzeitig ein nachhaltiges Wachstum zu unterstützen.“

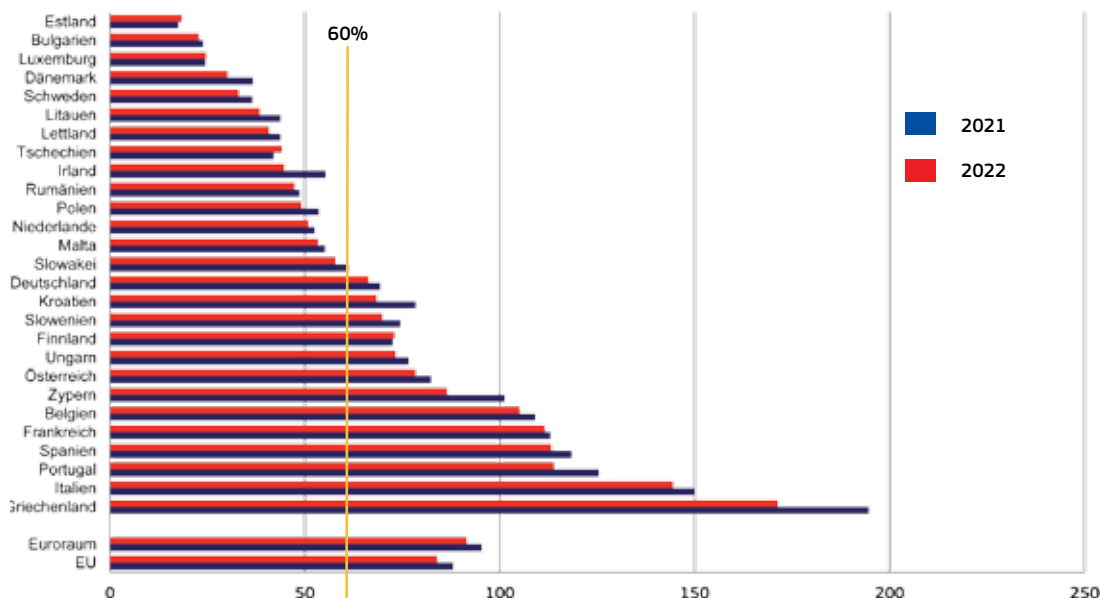
Nach Angaben von Eurostat lag die durchschnittliche Schuldenquote im Euroraum Ende des vergangenen Jahres bei 91,6 Prozent der Wirtschaftskraft. In zwölf der zwanzig Eurostaaten überschritt sie den vereinbarten Wert von 60 Prozent – auch in Deutschland (67 Prozent). Bislang gilt für die Haushaltssanierung ein langwieriges Verfahren. Übersteigt die Quote die 60-Prozent-Schwelle soll das Gesamt-Defizit innerhalb von zwanzig Jahren auf 60 Prozent zurückgefahren werden, jedes Jahr um ein Zwanzigstel der Differenz. (Fachleute sprechen von der Ein-Zwanzigstel-Regel.) Die EU-Kommission dringt auf klarere Bestimmungen. „Wir vereinfachen das Regelwerk, stellen die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung durch eine schrittweise, realistische Haushaltsanpassung sicher und unterstützen ein nachhaltiges und integratives Wachstum“, sagte Dombrovskis.

Die übrigen Elemente der bisherigen Koordinierung der Haushaltspolitik und wirtschaftspolitischen Steuerung bleiben erhalten. Im Rahmen des Europäischen Semesters reichen die Mitgliedstaaten ihren Haushalt jedes Jahr bei der EU-Kommission zur Bewertung ein. (pr)

Schuldenabbau

Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsländer in % des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: Eurostat



■ JUSTIZ

EU-Kommission setzt auf strengere Regeln gegen Korruption

Die EU-Kommission verschärft ihren Einsatz gegen Korruption – in Europa und weltweit. Ein Netz gegen Korruptionsbekämpfung in der EU soll sicherstellen, dass in allen Mitgliedstaaten Anti-Korruptionsbehörden geschaffen, das Vorgehen gegen Korruptionsvergehen europaweit harmonisiert und Verjährungsfristen erhöht werden.

Das Netz gegen Korruptionsbekämpfung soll die Arbeit in den Mitgliedstaaten enger koordinieren, unter anderem durch die Erfassung gemeinsamer Bereiche, in denen EU-weit ein hohes Korruptionsrisiko besteht, durch die Schaffung von Anti-Korruptionsbehörden und harmonisierte Strafmaße und Verjährungsfristen. Innerhalb der EU-Institutionen soll gegen Einflussnahme von außen besser vorgegangen werden. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission für Werte und Transparenz, *warnte*: „Korruption ist wie ein Krebsgeschwür. Wenn man sie wuchern lässt, wird sie unsere demokratische Gesellschaft ersticken und ihre Institutionen zerstören.“ Die neuen Integritätsregeln sollen auch international strenger umgesetzt werden. Josep Borrell, der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik

der EU, sagte: „Aus diesem Grund schlage ich parallel zu den Initiativen der Kommission zur Verstärkung der Korruptionsbekämpfung in der EU vor, eine neue Sanktionsregelung im Rahmen der GASP

gegen schwere Korruptionsdelikte weltweit einzuführen, die unser externes Instrumentarium zur Korruptionsbekämpfung ergänzen soll.“

Einsatz gegen Korruption



© European Union 2023

■ GEISTIGES EIGENTUM

Vestager legt Vorschläge zur Harmonisierung des Patentrechts vor

Die EU-Kommission hat neue Regeln für eine Reform des europäischen Patentrechts vorgelegt. Die Vorschläge zielen darauf ab, das Patentsystem effektiver und europaweit einheitlich zu gestalten. Unter anderem soll in Notlagen auf europäischer Ebene in Ausnahmefällen die Möglichkeit geschaffen werden, Patent-Inhaber zur Freigabe von Zwangslizenzen zu verpflichten.

Zuvor muss die EU-Kommission eine Krisensituation feststellen. Patentinhaber sollen eine angemessene Entschädigung erhalten. Entsprechende Verfahren sind bislang nur auf Ebene des Mitglied-

staates möglich. Zudem sieht die Initiative der Kommission vor, die Regelung zur Verlängerung *ergänzender Schutzzertifikate* zum Patentschutz für bestimmte Arznei- und Pflanzenschutzmittel europaweit zu harmonisieren. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, erklärte: „Heute schlagen wir faire Regeln vor, die den Patentinhabern und -nutzern zugute kommen, und geben den KMU gute Instrumente zum Schutz des geistigen Eigentums an die Hand.“

Patentpaket

■ KATASTROPHENSCHUTZ

EU-Kommission fördert Aufbau mobiler Notfall-Klinik

Die EU-Kommission unterstützt Deutschland und sieben weitere Mitgliedstaaten beim Aufbau von medizinischen Notfallteams für den Katastrophenfall mit 106,2 Millionen Euro. So sind im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens *RescEU* die Bildung mobiler Ärzte- und Pflegeteams und einer mobilen Notfall-Klinik geplant. Janez Lenarčič, Kommissar für Krisenmanagement, sagte: „Diese neue RescEU-Kapazität nimmt die Form des größten Feldlazarets in Europa und eines der modernsten weltweit an.“ Neben Deutschland

gehören dem Verbund für die neue medizinische Eingreiftruppe Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien und die Türkei an. RescEU koordiniert die Hilfe der 27 EU-Mitgliedstaaten im Katastrophenfall. Der Initiative gehören acht weitere Länder an: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, die Schweiz sowie die Türkei.

Medizinische Notfallhilfe

■ ERNEUERBARE ENERGIE

EU unterstützt Geothermie-Kraftwerk in Schwerin

Mit Unterstützung der EU setzt Schwerin verstärkt auf erneuerbare Energien. Ein neues Geothermie-Heizkraftwerk liefert künftig 15 Prozent des Wärmebedarfs der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern. Das Kraftwerk wurde mit rund 4,2 Millionen Euro aus dem *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)* gefördert. Das geothermische Heizwerk ist ein wichtiger Meilenstein auf

dem Weg zur Klimaneutralität der Stadt Schwerin. Dank dieser EU-Investition erhöht Mecklenburg-Vorpommern seine Energieunabhängigkeit auch mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

EU-Förderung für Erdwärme

Vorgaben für große Internet-Dienste greifen für Facebook, Google, Instagram, Twitter und Co

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, verbreitete die Premiere über *Twitter*: „Hier sind sie. Die erste Gruppe sehr großer Plattformen und Suchmaschinen, die unsere neuen europäischen Internet-Regeln befolgen müssen.“



Die großen Internet-Dienste und Suchmaschinen unterliegen künftig speziellen Verpflichtungen und strengeren Regeln.

© Shutterstock

Von A wie Alibaba bis Z wie Zalando

Folgende 17 besonders große Online-Anbieter erreichen in der EU mehr als 45 Millionen Nutzer und werden bei der Einhaltung der Digital-Regeln direkt von der EU-Kommission kontrolliert: Alibaba AliExpress, Amazon Store, Apple AppStore, Booking.com, Facebook, Google Play, Google Maps, Google Shopping, Instagram, LinkedIn, Pinterest, Snapchat, TikTok, Twitter, Wikipedia, YouTube, Zalando. Hinzu kommen die beiden sehr großen Suchmaschinen Bing und Google.

Die Liste wurde erstmals von der EU-Kommission veröffentlicht. Sie umfasst siebzehn sehr große Internet-Dienste und reicht von Kaufbörsen wie Alibaba, Amazon und Apple App-Store über Reisevermittler wie Booking, verschiedene Google-Dienste sowie soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram, LinkedIn und Twitter. Hinzu kommen die beiden reichweitenstarken Suchmaschinen Bing und Google. Fachleute sprechen von sehr großen Internet-Diensten – Very Large Online Plattformen (VLOPs) – beziehungsweise sehr großen Online-Suchmaschinen – Very Large Online Search Engines (VLOSEs). Sie alle erreichen in der EU mehr als 10 Prozent der Bevölkerung, sprich 45 Millionen Nutzerinnen und Nutzer, und unterliegen nun speziellen Verpflichtungen, um Nutzerinnen und Nutzer besser zu schützen.

Die Regelung ist Teil des neuen europäischen Gesetzes für digitale Dienste (*Digital Services Act – DSA*). Das Gesetz trat im vergangenen November in Kraft und greift nach einer Übergangsfrist von Januar 2024 an auch voll auf der Ebene der Mitgliedstaaten – auch in Deutschland. Die genannten Dienste haben jetzt vier Monate Zeit, ihre Pflichten unter dem DSA zu erfüllen.

Für die siebzehn Internet-Dienste und zwei Suchmaschinen gelten strengere Regeln wie zum Beispiel:

▶ **Löschen von Falschnachrichten:** Nutzerinnen und Nutzer können illegale Inhalte auf diesen Plattformen künftig einfacher melden. Damit Desinformation besser bekämpft werden kann, müssen die Plattformen selbst eine Risikobewertung zum Umgang mit illegalen Inhalten vornehmen. Zugleich erhalten Nutzerinnen und Nutzer ein Recht darauf, Entscheidungen anzufechten, wenn die Unternehmen ihre Inhalte von ihrer Internet-Seite entfernen.

- ▶ **Mehr Transparenz:** Große Online-Anbieter sind verpflichtet, Auskunft darüber zu liefern, warum ihre Algorithmen bestimmte Suchergebnisse oder Angebote listen. Nutzerinnen und Nutzer können darauf dringen, die verwendeten Einstellungen zu ändern oder künftig keine personalisierten Empfehlungen mehr zu erhalten.
- ▶ **Sicherere Online-Marktplätze:** Im Online-Handel gelten strengere Regeln, etwa zur Identität der Händler und der Herkunft der gehandelten Waren. So gilt für Online-Börsen wie Amazon und Alibaba zum Beispiel künftig die Pflicht, ihre Kundschaft darüber zu informieren, wenn defekte Produkte über ihre Plattform in Umlauf gelangt sind.
- ▶ **Mehr Jugendschutz:** Minderjährige werden im Netz besonders geschützt, etwa in ihrer Privatsphäre. Auch personalisierte Werbung für Minderjährige ist nicht zulässig.

EU SETZT WELTWEITE STANDARDS

Die EU-Kommission legte das Gesetz über digitale Dienste 2020 gemeinsam mit dem Gesetz über digitale Märkte – *Digital Markets Act (DMA)* – vor. Beide Regelungen setzen weltweit Standards für den Umgang mit Inhalten auf Online-Plattformen und die Regeln für Online-Börsen wie Amazon.

Vestager erläuterte: „Online-Plattformen stehen im Mittelpunkt wichtiger Aspekte unseres Lebensalltags, unserer Demokratien und unserer Volkswirtschaften. Es ist daher nur folgerichtig, dafür zu sorgen, dass sie ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Verringerung der Menge illegaler Online-Inhalte, die Minderung anderer Online-Schäden sowie den Schutz der Grundrechte und der Sicherheit der Nutzer gerecht werden.“ (pr)

[Regulierung digitaler Dienste](#)

EU-Kommission stärkt die Versorgung der Patientinnen und Patienten in Europa mit Medikamenten

Mal fehlen in einzelnen Mitgliedstaaten Fiebersäfte für Kinder, mal Schmerzmittel, mal sind Krebsmedikamente nicht verfügbar. Arzneimittel sind in Europa unterschiedlich erhältlich. Die EU-Kommission geht mit Reformvorschlägen für den Pharmamarkt dagegen vor: Sie will den Zugang zu Medikamenten für Europas Bevölkerung sicherstellen und die Erforschung neuer Antibiotika vorantreiben.

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides sprach von einem historischen Tag und erklärte: „Wir haben hier eine Reform, um die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Medikamenten anzugehen und sicherzustellen, ohne dabei jemanden zurückzulassen.“

ERLEICHTERUNGEN FÜR 67 MILLIONEN ERKRANKTE

In den westlichen Mitgliedstaaten haben 90 Prozent der Erkrankten Zugang zu neu entwickelten Arzneien, in östlichen hingegen nur 10 Prozent. Die Kommission will einen gleichen Zugang zu Medikamenten für alle Patientinnen und Patienten in Europa. Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, beschrieb die Reform mit einem Triple A: Access, Affordability, Availability – Zugang, Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit.

Die größte Reform des EU-Arzneimittelmarkts seit zwanzig Jahren in 4 Zahlen.

▶ **67 Millionen Patientinnen und Patienten in der EU** werden von einem besseren Zugang zu Medikamenten profitieren. Dazu setzt die EU-Kommission auf neue Anreize für Pharmafirmen. Gleichzeitig schafft sie neue Möglichkeiten, um günstigere Medikamente mit dem gleichen Wirkmechanismus (Generika) rascher auf den Markt zu bringen. Der Mechanismus: Die exklusive Schutzfrist für



Die Versorgung mit Medikamenten in Europa soll sichergestellt werden.

© Shutterstock

ein neues Medikament sinkt auf acht Jahre. Pharma-Entwickler können eine Schutzfrist von zwölf Jahren – ein Jahr länger als bisher – erreichen, etwa wenn sie ihre Arznei in allen Mitgliedstaaten anbieten.

▶ **215 Milliarden Euro** beträgt der Wert der jährlichen Exporte der europäischen Pharmaunternehmen. Die Industrie zählt zu den innovativsten in Europa. Die EU-Kommission will die Innovationskraft stärken. Sie setzt dabei auf sichere Lieferketten – auch zum Vorteil der Patientinnen und Patienten in Europa. So waren in der Pandemie Medikamente zum Teil kurzfristig nicht lieferbar, weil wichtige Ausgangsstoffe fehlten. Die EU-Kommission möchte dies künftig verhindern. Bis Jahresende kommt eine Liste wichtiger Medikamente, die stetig verfügbar sein müssen. Für diese Arzneien folgen Empfehlungen zur Stärkung von Lieferketten. Ist die Versorgung mit einer Arznei nicht gewährleistet, kann die Kommission anordnen, Notvorräte anzulegen.

▶ **180 Tage** (statt bisher 400) soll die Genehmigung für neue Medikamente durch die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA künftig betragen. Für wichtige Medikamente kommt die Zulassung in 150 Tagen. So profitieren Europas Patientinnen und Patienten schneller von neuen Arzneimitteln.

▶ **35.000 Menschen** sterben in der EU jährlich nach einer Infektion mit antibiotikaresistenten Keimen. Schinas sprach von einer stillen Pandemie. Die jährlichen Schäden für Europas Gesundheitssystem: rund 1,5 Milliarden Euro. Die EU-Kommission schafft neue Anreize für die Erforschung und Entwicklung neuer Antibiotika. Dazu kann die Frist zur exklusiven Vermarktung für Antibiotika-Hersteller auf bis zu 13 Jahre steigen. Voraussetzung: Neue Antibiotika und bessere Verfügbarkeit. Kyriakides sprach von „starken Anreizen für Innovation“ zum Vorteil der Patientinnen und Patienten in Europa. (pr)

Der Pharmasektor der EU und weltweit



Die Einnahmen des weltweiten Pharmasektors betragen mehr als 1 Billion Euro pro Jahr.



1,5 bis 2 Prozent des EU-BIP werden für Pharmazeutika ausgegeben.

Auf den Pharmasektor entfallen Exporte von 235 Milliarden Euro – dies ist der größte Einzelbeitrag...

Rund 20 Prozent der EU-weiten Ausgaben für Forschung & Entwicklung entfallen auf den Pharmasektor. Damit liegt die EU an zweiter Stelle hinter den USA.



2021 wurden 89 neue Medikamente in der EU zugelassen.



... zum Handelsüberschuss der EU von 136 Milliarden Euro, der sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht hat.



Deutschland feiert Europa und startet ins Europäische Jahr der Kompetenzen

Mit zahlreichen Veranstaltungen wird in Deutschland am 9. Mai der Europatag begangen. Zugleich erfolgt an diesem Tag der offizielle Auftakt ins Europäische Jahr der Kompetenzen. Mit dem auf Aus- und Weiterbildung ausgerichteten Europäischen Jahr der Kompetenzen will die Kommission dem lebenslangen Lernen neue Impulse geben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen **betonte**: „Ein zentraler Faktor für die Vitalität der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft ist die Bildung.“



Die Sonderfahrten der Europa-Tram sind einer der Höhepunkte des Europa-Mai in München.

© Michael Nagy/Presseamt München

Frau Europas – Auszeichnung für Yevgenia Belorusets

Die ukrainische Künstlerin Yevgenia Belorusets erhält in diesem Jahr von der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) den Preis „Frau Europas“. Die in Berlin und Kiew lebende Künstlerin beleuchtet in ihren Arbeiten die alltäglichen Lebensrealitäten von Menschen in der Ukraine. Belorusets' „Tagebuch aus Kiew“ erlangte 2022 auch in deutschen Medien große Aufmerksamkeit, parallel dazu stellte sie Werke auf der Biennale in Venedig und im Europäischen Parlament aus. Die Auszeichnung wird am 8. Mai im Europäischen Haus in Berlin verliehen, die Laudatio hält Michael Roth (SPD), ehemaliger Europastaatssekretär im Auswärtigen Amt.

VON BERLIN BIS ULM

Das Europäische Jahr der Kompetenzen steht in diesem Jahr auch im Zentrum vieler Veranstaltungen zum Europatag. So stellen bei einer Feier im Europäischen Haus am Brandenburger Tor in Berlin unter dem Motto „Europa.Kompetenz.Berlin“ vier Hochschulen der Stadt – Freie Universität, Hertie School of Governance, die Humboldt-Universität und die Technische Universität – vor, welchen Beitrag sie leisten, um Europas Zukunft zu gestalten. Das reicht von der Digitalisierung der Lehre bis zur Initiative Brain City Berlin, die das Ziel hat, aus dem Innovations-Hub Berlin auch ein starkes Wirtschaftszentrum zu machen. In Bremen gibt es mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) unter anderem eine Einführung in die „Digitale Stellensuche“. In Ulm geht es unter dem Titel „Arbeiten 2040“ um die Zukunft der Arbeit.

SCHUMANS AUFTRAG

Der Europatag wird europaweit am 9. Mai gefeiert. Er erinnert an den französischen Außenminister Robert Schuman, der 1950 an diesem Tag in einer Rede zum Aufbau eines vereinten Europa aufrief und damit den Grundstein für die europäische Integration legte. „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“, hatte Schuman damals gemahnt.

Schumans schöpferischer Auftrag an die europäische Politik gilt bis heute. Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland,

erklärte: „Die Menschen haben Fragen zur internationalen Lage, zur Ukraine, zur Inflation, zu den Themen Energiesicherheit und Klimawandel. Wir versuchen zu erklären, was die EU konkret tut, um Frieden, Demokratie und Wohlstand zu sichern.“

VERANSTALTUNGEN DER EU-KOMMISSION

Die aktuellen Herausforderungen werden in vielen Diskussionsforen zum Europatag aufgegriffen. Neben der Vertretung der EU-Kommission in Berlin laden auch die Regionalvertretungen der Kommission in Bonn und München zu Veranstaltungen ein, ebenso wie die fünfzig Informationszentren EUROPE DIRECT und viele andere Europa-Initiativen in Deutschland. In Bonn veranstaltet die Stadt gemeinsam mit der Regionalvertretung der Kommission in Bonn am 6. Mai auf dem Markt den jährlichen Europatag, in diesem Jahr unter dem Motto „EU-Update – Leben und Lernen in Europa“. Die bayerische Landeshauptstadt München feiert einen Monat lang den Europa-Mai. Auf dem Werksviertel am Ostbahnhof dreht sich das Europa-Rad, ein Riesenrad mit 27 Gondeln. Weiterer Höhepunkt: die Europa-Tram mit Sonderfahrten durch die Innenstadt.

Im Europäischen Parlament in Straßburg diskutiert Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Europaabgeordneten aus Anlass des Europatags über die Frage, was Europa ausmacht. (pr)

[Europatag 2023](#)

Europa in Zahlen

100

Europäische Bürgerinitiativen (EBI) hat die EU-Kommission seit Einführung im Jahr 2012 registriert. Zuletzt wurde die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Vernetzung aller europäischen Hauptstädte und Menschen über ein Hochgeschwindigkeitsbahnnetz“ zugelassen. Die Initiative dringt auf eine Regelung, alle Hauptstädte der Mitgliedstaaten mit einem Netz an Hochgeschwindigkeitszügen zu verbinden. Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ist im Vertrag von Lissabon verankert. Es verpflichtet die EU-Kommission dazu, sich mit einem Vorschlag zu befassen, wenn dazu in mindestens sieben Mitgliedstaaten eine Million Unterschriften gesammelt werden.

So greift seit Jahresbeginn in der EU eine Regelung, die den Zugang zu *Trinkwasser* neu fasst und weltweit schärfste Umweltstandards für Trinkwasser festlegt. Die Initiative der EU-Kommission zu der Regelung wurde von der Europäischen Bürgerinitiative *Right2Water* angestoßen, die europaweit 1,6 Millionen Unterschriften für ihr Vorhaben gesammelt hatte.

100. Bürgerinitiative

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 08.05.2023 17.00 Uhr	„Preisverleihung Preis Frauen Europas 2023“ Festakt Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland	Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://events.bmwk.de/eventvi-ew/?p=z7af81bd8581cc7f21d8518a56f56a51584eb75780f1986556fcd3384e36fc1d4
> 08.05.2023 19.00–20.30 Uhr	„Perspektivlos, arbeitslos, radikal? Jugendpolitik in Frankreich“ Podiumsdiskussion Veranstalter: ICFA Tübingen mit Institut für Politikwissenschaft, Uni Tübingen	ICFA Tübingen Doblerstraße 25 72074 Tübingen	www.europatermine.de/europatermine/termin/28949
> 09.05.2023 13.15–17.00 Uhr	„Europa. Kompetenz. Berlin. Was Berliner Hochschulen leisten, um Europa fit für die Zukunft zu machen.“ Paneldiskussion Veranstalter: FU Berlin, Hertie school, HU Berlin, TU Berlin, Europäisches Haus	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://events.tu-berlin.de/de/events/0186ea60-51e6-78d9-a9d4-72d137f8a583
> 09.05.2023 18.30–20.30 Uhr	„Cinema Europa: Ernährung“ Kulturprogramm Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.europatermine.de/europatermine/termin/28943
> 09.05.2023 20.30–23.00 Uhr	„Europa heute“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa Union Kreisverband Gütersloh	Online	www.europatermine.de/europatermine/termin/28902
> 10.05.2023 20.00–22.00 Uhr	„Weitere Schritte zur Festigung unserer EU“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union, Landeshauptstadt Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Rathaus von Wiesbaden Schlossplatz 6 65187 Wiesbaden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28839
> 10.05.2023 20.30–23.00 Uhr	„#Understanding EU #Europe Day. Der 9. Mai 1950 und seine Bedeutung heute“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europaverein GPB e.V	VHS Gebäude Kaiserstraße 4 52249 Eschweiler	www.gpb-europaverein.de/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ KARRIERE IN DER EU

Informationen zum EU-Auswahlwettbewerb

Ob Kommission, Parlament oder Rat, ob Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss oder Ombudsmann – ein Auswahlverfahren öffnet die Tür für eine Karriere in fast allen europäischen Institutionen. Um EU-Beamten oder -Beamtinnen zu werden, muss erfolgreich ein *„Auswahlwettbewerb für Generalisten“* absolviert werden, der Studienabsolventen (Bachelorabschluss genügt bereits) aller Fachrichtungen offen steht. Dieser wird normalerweise einmal im Jahr ausgerichtet. Daneben gibt es immer wieder zusätzliche Auswahlwettbewerbe, die sich an Spezialisten und Spezialistinnen mit besonderen Fachkenntnissen und/oder einer spezifischen Berufserfahrung richten.

Drei Webinare des Auswärtigen Amtes und der Europäischen Kommission vermitteln Wissenswertes zum Thema „Karriere in der EU“. Wie es ist, bei der EU-Kommission und beim EU-Parlament zu arbeiten und wie der Arbeitsalltag aussieht, steht im Mittelpunkt des ersten Webinars am 15. Mai. Am 21. Juni und 13. September informiert das Amt für Personalauswahl der EU über Bewerbungsprozesse und Auswahlverfahren.

[Auswahlwettbewerb](#)



© European Union, 2021 – EP

■ ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Wie erfolgreich ist die EU-Jugendstrategie?

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur *EU-Jugendstrategie* eingeleitet mit dem Ziel, die bisherigen Erfolge zu bewerten. Die EU-Jugendstrategie soll junge Menschen ermutigen, aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden, mit politischen Entscheidungsträgern in den Dialog zu treten und durch Jugendaustausch, Freiwilligenarbeit und andere jugendorientierte Projekte Erfahrungen im Ausland zu sammeln.

Auf dem Portal „Have Your Say“ werden Einschätzungen und Vorschläge gesammelt, damit die Ansichten eines breiten Spektrums junger Menschen und der interessierten Öffentlichkeit in die Bewertung einfließen. Die Konsultation ist in allen EU-Sprachen verfügbar und läuft bis zum 2. August 2023.

[Öffentliche Konsultation](#)

■ EUROPAWAHL 2024

Finanzhilfen für die Kommunikation

Das Europäische Parlament hat eine Ausschreibung für Finanzhilfen zu Kommunikationsaktivitäten mit Blick auf die *Europawahl 2024* veröffentlicht. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, die Rolle des Europäischen Parlaments zu verstehen, und sie zu motivieren, an der Europawahl 2024 teilzunehmen. Die Einreichfrist für Finanzhilfen zur Förderung des Verständnisses der Rolle des Europäischen Parlaments endet am 16. Mai 2023, die Einreichfrist für Projekte zur Wahlmotivation am 29. September 2023.

Empfänger der Mittel im Rahmen zwischen 5.000 und 60.000 Euro können sowohl nationale Non-Profit-Organisationen als auch juristische Personen sein. Die eingereichten Projekte müssen am 30. Juni 2024 abgeschlossen sein und können maximal zehn Monate andauern.

[Ausschreibung](#)

■ ERASMUS+ PARTNERSCHAFTSFORUM

Ideen und Impulse für neue Projekte

Ganz im Zeichen der Vernetzung und in diesem Jahr unter dem Motto „Chancen und Nutzen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ihre Hochschulen“ haben die Teilnehmenden beim Erasmus+ Partnerschaftsforum die Gelegenheit, mit Verantwortlichen deutscher Hochschulen für Erasmus+ Kooperationsprojekte in Kontakt zu treten, sich auszutauschen und Ideen und Impulse für neue Projekte zu erhalten. Auf einem Projektmarkt können die Teilnehmenden die Vielfalt der geförderten Kooperationsprojekte entdecken und erhalten Inspiration für eigene Projektideen. Vier parallele Workshops richten sich unter anderem gezielt an Newcomer oder thematisieren das Management von Konsortien, die Unterstützung durch die eigene Hochschule oder die Nutzung bereits vorhandener Projektergebnisse für die eigene Antragstellung.



© Oliver Reetz/DAAD

Das Erasmus+ Forum für Partnerschaften und Kooperationsprojekte findet am 22./23. Mai 2023 als Präsenzveranstaltung im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn statt. Die Anmeldefrist endet am 8. Mai.

[Erasmus+ Partnerschaftsforum](#)